

Mündliche Anfrage

der Abgeordneten König (DIE LINKE)

Burschentag 2012 in Eisenach

Vom 30. Mai bis 3. Juni 2012 findet in Eisenach zum wiederholten Male der sogenannte Burschentag des Dachverbandes "Deutsche Burschenschaft" (DB) statt. Mehrfach wurde und wird über "die unverhohlene Nähe einiger Aktiver zu rechtsextremistischen Positionen" innerhalb der DB berichtet (vgl. beispielsweise <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,694924,00.html>).

Im vergangenen Jahr bestimmte die Diskussion über den Burschentag insbesondere der von der Alten Breslauer Burschenschaft der Razceks zu Bonn eingebrachte Antrag, nach dem nur "Deutschstämmige" als Mitglieder in der DB zugelassen werden.

Bei der Vorstellung der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität am 9. März 2012 begründete der Thüringer Innenminister in seinen Ausführungen dazu den Anstieg rechtsextremer Straftaten im Bereich der Polizeidirektion Gotha mit Hinweis auf den jährlich in Eisenach stattfindenden Burschentag.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Deutsche Burschenschaft sowie den sogenannten Burschentag in Eisenach vor dem geschilderten Hintergrund?
2. Trifft es zu, dass sich Vertreter der Stadt Eisenach, des Thüringer Innenministeriums, der Polizei sowie der Kirchen mit den Organisatoren des Burschentages zu einer Gesprächsrunde getroffen haben und wenn ja, welchen Inhalt hatten diese Gespräche und welches Ziel wurde verfolgt?
3. Welche finanzielle oder sächliche Unterstützung einschließlich gewährter Nachlässe (zum Beispiel für Mieten) wurde seitens der Stadt Eisenach für die Durchführung des sogenannten Burschentages gewährt und welche Einnahmen für die Stadt Eisenach (z. B. aus Vermietungen) in welcher Höhe stehen dem gegenüber?
4. Unter welchen Voraussetzungen ist es möglich, dass die Stadt Eisenach die mit der DB abgeschlossenen Miet- bzw. Nutzungsverträge für städtische Einrichtungen für den sogenannten Burschentag einseitig auflöst?

König